

**Verordnung über die gute fachliche Praxis
bei der Erzeugung gentechnisch veränderter Pflanzen
(Gentechnik-Pflanzenerzeugungsverordnung – GenTPflEV)***

Vom

Auf Grund des § 16b Abs. 6 des Gentechnikgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2066), der durch Artikel 1 Nr. 14 des Gesetzes vom 21. Dezember 2004 (BGBl. 2005 I S. 186) eingefügt und durch Artikel 1 Nr. 17 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Anwendungsbereich

Diese Verordnung regelt die Grundsätze der guten fachlichen Praxis im Sinne des § 16b Abs. 3 des Gentechnikgesetzes bei der erwerbsmäßigen Erzeugung gentechnisch veränderter Pflanzen.

§ 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Verordnung sind

1. Anbaufläche: eine landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gartenbauwirtschaftlich genutzte Fläche, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen bestellt worden oder dafür vorgesehen ist,
2. benachbarte Fläche: eine landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gartenbauwirtschaftlich genutzte Fläche, die – ganz oder zum Teil – innerhalb des in der Anlage für die jeweilige Pflanzenart festgelegten Abstands vom Rand der Anbaufläche liegt,

* Die Verpflichtungen aus der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. EG Nr. L 204 S. 37), zuletzt geändert durch die Richtlinie 2006/96/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. EU Nr. L 363 S. 81), sind beachtet worden.

3. Erzeuger: ein Bewirtschafter einer Anbaufläche,
4. Nachbar: ein Bewirtschafter einer benachbarten Fläche.

§ 3

Mitteilungspflicht

(1) Der Erzeuger hat den Nachbarn spätestens drei Monate vor der Aussaat oder Anpflanzung folgende Angaben mitzuteilen:

1. seinen Namen und seine Anschrift,
2. das Grundstück des Anbaus sowie die Größe der Anbaufläche,
3. die Pflanzenart sowie die Bezeichnung und den spezifischen Erkennungsmarker der gentechnischen Veränderung.

Änderungen in den Angaben sind unverzüglich mitzuteilen. In der Mitteilung ist der Nachbar auf die Regelung des Absatzes 2 hinzuweisen und aufzufordern, dem Erzeuger innerhalb eines Monats mitzuteilen, ob die benachbarten Flächen mit nicht gentechnisch veränderten Pflanzen bestellt werden, welcher Art diese Pflanzen angehören und welche Bewirtschaftungsform geplant ist.

(2) Erhält der Erzeuger innerhalb eines Monats nach Zugang der Mitteilung beim Nachbarn nicht die erforderlichen Auskünfte, kann er davon ausgehen, dass der Nachbar keine Pflanzen derselben Art oder andere Auskreuzungspartner auf benachbarten Flächen anbaut.

(3) Ist dem Erzeuger ein Nachbar nicht bekannt, kann er die in Absatz 1 genannte Mitteilung an den Eigentümer der betreffenden Fläche richten und diesen zugleich auffordern, die Mitteilung an den Bewirtschafter weiterzuleiten. Erhält der Erzeuger innerhalb eines Monats nach Zugang der Mitteilung beim Eigentümer keine Rückäußerung, kann er davon ausgehen, dass der Eigentümer die Fläche selbst bewirtschaftet.

§ 4

Anpassungspflicht

Der Erzeuger hat dafür zu sorgen, dass die Anbauflächen den in der Anlage zu dieser Verordnung für die jeweilige Pflanzenart aufgeführten Anforderungen entsprechen. Hierbei hat er die nach § 3 fristgerecht eingegangenen Angaben der Nachbarn zu berücksichtigen.

§ 5 Anfragepflicht

Soweit eine nach § 16 Abs. 5a des Gentechnikgesetzes öffentlich bekannt gemachte Genehmigung besondere Bedingungen für die Verwendung zum Schutz besonderer Ökosysteme, Umweltgegebenheiten oder geografischer Gebiete enthält, hat der Erzeuger spätestens drei Monate vor der erstmaligen Aussaat oder Anpflanzung bei der nach Landesrecht zuständigen Behörde oder einer anderen nach Landesrecht beauftragten Stelle anzufragen, ob und inwieweit diese Bedingungen in seinem Fall einschlägig sind. Satz 1 findet entsprechende Anwendung, wenn sich die in der Genehmigung enthaltenen Verwendungsbedingungen geändert haben. Sollten sich nach der Beantwortung der Anfrage nach Satz 1 aus naturschutzfachlicher Sicht Änderungen bezüglich des Schutzes besonderer Ökosysteme, Umweltgegebenheiten oder geografischer Gebiete ergeben, informiert die zuständige Landesbehörde den Bewirtschafter über diese Änderungen.

§ 6 Lagerung

Der Erzeuger hat zum Schutz gegen Einträge in fremde Grundstücke, insbesondere durch Witterungseinflüsse oder Verschleppung durch Tiere,

1. gentechnisch verändertes Saat- oder Pflanzgut in geschlossenen Behältnissen oder sorgfältig abgedeckt und getrennt von nicht gentechnisch verändertem Saat- oder Pflanzgut derselben Art,
2. Erntegut gentechnisch veränderter Pflanzen, soweit es vermehrungsfähige Bestandteile enthält, in geschlossenen Lagerräumen oder sorgfältig abgedeckt

zu lagern. Die Behältnisse und das gelagerte Erntegut sind zu kennzeichnen. Wird das Erntegut auf der Fläche gelagert, die im Standortregister gemeldet ist, so entfällt die Kennzeichnung.

§ 7 Beförderung

(1) Der Erzeuger hat zum Schutz gegen Einträge in fremde Grundstücke, insbesondere durch Verwehen,

1. gentechnisch verändertes Saat- und Pflanzgut in geschlossenen Behältnissen,
2. Erntegut gentechnisch veränderter Pflanzen, soweit es vermehrungsfähige Bestandteile enthält, in geschlossenen Fahrzeugen oder bei der Beförderung auf Fahrzeugen mit offener Ladefläche sorgfältig abgedeckt

zu befördern.

(2) Ist gentechnisch verändertes Saat-, Pflanz- oder Erntegut bei der Beladung oder bei der Beförderung verschüttet worden, ist es dem gleichen Saat-, Pflanz- oder Erntegut wieder zuzuführen, gesondert zu verwerten oder zu vernichten.

§ 8

Bewirtschaftungsmaßnahmen

Bei allen Bewirtschaftungsmaßnahmen einschließlich der Ernte sind Einträge von gentechnisch veränderten Organismen in fremde Grundstücke durch Wahl einer geeigneten Technik auf das Mindestmaß zu beschränken.

§ 9

Eingesetzte Gegenstände

Der Erzeuger hat Einrichtungen, Maschinen und Geräte, die zur Aussaat, zur Ernte, zur Aufbereitung oder zur Beförderung von gentechnisch verändertem Saat-, Pflanz- oder Erntegut eingesetzt wurden, sorgfältig zu reinigen, bevor sie für nicht gentechnisch verändertes Saat-, Pflanz- oder Erntegut eingesetzt werden.

§ 10

Durchwuchs

(1) Nach Abschluss des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen hat der Erzeuger die Anbaufläche nach Maßgabe der in der Anlage für die jeweilige Pflanzenart aufgeführten Anforderungen auf Durchwuchs zu überwachen und diesen zu beseitigen, soweit die Anbaufläche in der folgenden Vegetationsperiode nicht erneut mit gentechnisch veränderten Pflanzen derselben Art bestellt wird. In die Überwachung auf Durchwuchs sind auch landwirtschaftliche Nutzflächen einzubeziehen,

1. die bei der Ernte überfahren worden sind oder
2. auf denen vermehrungsfähiges Material verschüttet worden ist.

(2) Bei einem Wechsel des Bewirtschafters geht die Pflicht nach Absatz 1 auf den neuen Bewirtschaftler über, soweit dieser Kenntnis von dem vorhergegangenen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen hat oder haben muss.

§ 11

Aufbringen von Stoffen

Auf Flächen, auf denen Düngemittel oder andere Stoffe aufgebracht werden, die offenkundig nicht nur geringfügig vermehrungsfähige Bestandteile von gentechnisch veränderten Pflanzen enthalten, findet § 10 entsprechende Anwendung.

§ 12
Aufzeichnungen

(1) Der Erzeuger hat Aufzeichnungen zu führen über die Sorte des gentechnisch veränderten Saat- oder Pflanzguts, die Schläge des Betriebs, die Aufbringung von Stoffen nach § 11 und die pflanzenbaulichen Maßnahmen nach den §§ 5, 8 und 10 sowie den pflanzenartspezifischen Vorgaben der Anlage.

(2) Der Erzeuger hat die Aufzeichnungen nach Absatz 1 für mindestens fünf Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem Maßnahmen nach § 10 durchzuführen sind, im Betrieb aufzubewahren, soweit für die betreffende Pflanzenart in der Anlage nichts anderes bestimmt ist. Die Aufzeichnungen sind auf Verlangen der nach Landesrecht zuständigen Behörde vorzulegen.

(3) Bei einem Wechsel des Bewirtschafters hat der frühere Bewirtschafter dem neuen Bewirtschafter eine Abschrift aller Aufzeichnungen auszuhändigen, die für die Einhaltung der guten fachlichen Praxis nach dieser Verordnung erforderlich sind.

§ 13
Übergangsregelung

Die §§ 3, 4 Satz 2 und § 5 sind erstmals ab dem 1. Oktober 2008 anzuwenden.

§ 14
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den

Die Bundeskanzlerin

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Anlage

(zu § 2 Nr. 1, § 5, § 10 Abs. 1 Satz 1, § 12 Abs. 1 Satz 1)

Pflanzenartspezifische Vorgaben

Gentechnisch veränderter Mais

1. Benachbarte Flächen

Beim Anbau von gentechnisch verändertem Mais sind diejenigen Flächen benachbart nach § 2 Nr. 2, die – ganz oder zum Teil – innerhalb eines Abstands von 300 Metern vom Rand der Anbaufläche liegen.

2. Mindestabstand

Zwischen dem Rand einer Anbaufläche mit gentechnisch verändertem Mais und dem Rand einer benachbarten Fläche mit konventionell angebautem, nicht gentechnisch verändertem Mais hat der Erzeuger einen Mindestabstand von 150 Metern einzuhalten.

Zwischen dem Rand einer Anbaufläche mit gentechnisch verändertem Mais und dem Rand einer benachbarten Fläche mit ökologisch angebautem, nicht gentechnisch verändertem Mais hat der Erzeuger einen Mindestabstand von 300 Metern einzuhalten.

Der Erzeuger hat durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden, dass Flächen, auf denen Mais angebaut wird, der nicht gentechnisch verändert ist und zur Verwendung als Saatgut bestimmt ist, wesentlich beeinträchtigt werden.

3. Andere Maßnahmen

Der Mindestabstand nach Nummer 2 Satz 1 und 2 darf im Falle amtlicher Versuche unterschritten werden, soweit durch andere Maßnahmen, insbesondere durch Entfernen oder Eintüten der männlichen Blütenstände (Fahnen) vor der Blüte und durch Anlage einer Mantelsaat, ein Austrag von Pollen aus der Anbaufläche verhindert wird.

4. Überwachung und Beseitigung von Durchwuchs

Die Überprüfung auf Durchwuchs gemäß § 10 Abs. 1 hat nach der Ernte sowie in dem auf den Anbau des gentechnisch veränderten Maises folgenden Jahr zu erfolgen. Sofern Durchwuchsmais festgestellt wird, verlängert sich der Zeitraum der Überprüfung um jeweils ein Jahr. Eventueller Durchwuchs ist unverzüglich zu beseitigen.

5. Fruchtfolge

Eine Anbaufläche darf frühestens im zweiten auf die Ernte des gentechnisch veränderten Mais folgenden Jahr mit nicht gentechnisch verändertem Mais bestellt werden. Wenn Durchwuchsmais festgestellt wurde, darf die Anbaufläche frühestens im zweiten auf die Feststellung des Durchwuchsmaises folgenden Jahr mit nicht gentechnisch verändertem Mais bestellt werden.

**Anlage 4
zur Kabinettsvorlage des
Bundesministeriums für
Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz**

Verordnung über die gute fachliche Praxis bei der Erzeugung gentechnisch veränderter Pflanzen

**Stellungnahme des BMELV
zum Beschluss des Bundesrates
vom 30. November 2007 (Drs. 563/07 (Beschluss))**

A. Sachverhalt

Am 8. August 2007 hat das Bundeskabinett den Entwurf für eine Verordnung über die gute fachliche Praxis bei der Erzeugung gentechnisch veränderter Pflanzen (GenTPfIEV) beschlossen, in dem die im Gentechnikgesetz vorgesehenen Maßnahmen der guten fachlichen Praxis bei der Erzeugung von gentechnisch veränderten Pflanzen im Einzelnen durch die Einführung von Mindestabständen, Abstimmungspflichten und Sorgfaltsanforderungen geregelt werden. Mit Beschluss vom 30. November 2007 hat der Bundesrat die Verordnung mit Änderungen angenommen. Zu den Änderungen wird im Folgenden nach § 65 GGO Stellung genommen.

B. Stellungnahme

- Änderung 1 (zu § 1): Der Anwendungsbereich wird an die Rechtsgrundlage angepasst.
Stellungnahme: Die neue Formulierung nimmt Bezug auf die Rechtsgrundlage der Verordnung, also § 16b GenTG. Dies entspricht der Regelungsentention des Verordnungsentwurfs und ist daher zu befürworten.
- Änderung 2 (zu § 3 Abs. 1 Satz 3 - neu - und Abs. 1a - neu -): Die Anfragepflicht des Erzeugers gentechnisch veränderter Pflanzen (gvP) an den Nachbarn wird präzisiert. Eine Monatsfrist für die Antwort des Nachbarn wird eingeführt und der Nachbar ist darauf hinzuweisen, dass der Erzeuger von gvP im Falle der Nichtantwort innerhalb der Frist die Anbauplanung des Nachbarn nicht berücksichtigen muss.
Stellungnahme: Die durch die Änderung eingeführte Monatsfrist schafft für den Erzeuger von gvP und den Nachbarn Rechtssicherheit in der Frage, wie lange Antworten

des Nachbarn auf eine Anfrage des Erzeugers von gvP bei der Anbauplanung berücksichtigt werden müssen. Gleichzeitig wird dem Erzeuger von gvP auferlegt, den Nachbarn auf die Folgen seiner Nichtantwort hinzuweisen. Diese Regelung entspricht der Intention des Verordnungsentwurfs und ist daher zu befürworten.

- Änderung 3 (zu § 5 Satz 1): Anpassung der Zuständigkeitsbezeichnung.
Stellungnahme: Der Bundesrat weist zurecht daraufhin, dass die Zuständigkeit in den Ländern unterschiedlich geregelt sei. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Änderung ist daher vorzugswürdig.
- Änderung 4 (zu § 5 Satz 3 - neu -): Mitteilungspflicht der zuständigen Landesbehörden für Änderungen bezüglich des Schutzes von Ökosystemen.
Stellungnahme: Durch die Änderung wird sichergestellt, dass Erzeuger von gvP auch von nachträglichen Änderungen von Naturschutzgebieten im Einwirkungsbereich ihres Anbaus erfahren. Diese Regelung entspricht der Intention des Verordnungsentwurfs und ist daher zu befürworten.
- Änderung 5 (zu § 6 Abs. 1 Nr. 1): Änderung zur Lagerung von Pflanzgut.
Stellungnahme: Der Bundesrat weist zurecht darauf hin, dass die Lagerung von Pflanzgut auch außerhalb von geschlossenen Behältnissen sinnvoll sein kann. In diesem Fall ist auf eine sorgfältige Abdeckung zu achten. Diese Regelung entspricht der Intention des Verordnungsentwurfs und ist daher zu befürworten.
- Änderung 6 (zu § 6 Satz 2, Satz 3 - neu -): Präzisierung der Vorschriften zur Lagerung und Kennzeichnung von Erntegut.
Stellungnahme: Der Bundesrat weist zurecht daraufhin, dass die Kennzeichnung sich auf das gelagerte Erntegut beziehen sollte, da in Lagerhallen neben gentechnisch veränderten auch konventionelles Erntegut gelagert werden kann. Der Bundesrat weist ebenfalls zurecht darauf hin, dass die Lagerung von Erntegut auch auf der im Standortregister eingetragenen Fläche erfolgen kann. In diesem Fall ist eine Kennzeichnung des Ernteguts selber aus fachlicher Sicht zwar vorzugswürdig, aber nicht zwingend erforderlich. Aufgrund der Eintragung in das Standortregister ist diese Regelung akzeptabel.
- Änderung 7 (zu § 8): Erweiterung des Anwendungsbereichs auf sämtliche Bewirtschaftungsmaßnahmen.
Stellungnahme: Die Änderung des Bundesrats erstreckt die Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Einträgen in Nachbargrundstücke auf alle Bewirtschaftungsmaß-

nahmen. Diese Ergänzung entspricht der Intention des Verordnungsentwurfs und ist daher zu befürworten.

- Änderung 8 (zu § 12a - neu -): Einführung von Übergangsregelungen.
Stellungnahme: Die Einführung von Übergangsregelungen ist erforderlich, weil zum Zeitpunkt der Verabschiedung der GenTPfIEV die darin vorgesehenen Fristen nicht mehr einhaltbar sind. Eine Verschiebung auf die nächste Anbauperiode ist daher erforderlich.
- Änderung 9 (zu Anlage Nr. 3): Einführung einer Mantelsaat für amtliche Versuche.
Stellungnahme: Die Einführung von Mantelsaaten ist nach dem Entfernen von männlichen Blütenständen an sich nicht als Voraussetzung zum Unterschreiten von Abstandsregelungen für amtliche Versuche erforderlich, da nach der Entfahnung keine Pollen mehr ausgeschüttet werden. Das Bundessortenamt sieht entsprechend auch nur Mantelsaaten, nicht aber die Entfahnung in seinen Richtlinien vor. Die Änderung kann aber akzeptiert werden, da sie nicht zu einer Absenkung des Schutzes vor Auskreuzungen führt.
- Änderung 10 (zu Anlage Nr. 4 Satz 2 - neu - und Nr. 5 Satz 2 - neu -): Verlängerung der Überwachungsmaßnahmen bei Durchwuchs.
Stellungnahme: Die Änderungen des Bundesrates stellen klar, dass sich die Überwachungsdauer beim Fund von Durchwuchsmais jeweils um ein Jahr verlängert. Diese Ergänzung entspricht der Intention des Verordnungsentwurfs und ist daher zu befürworten.